

Wissenschaft und Politik in Europa - eine Schlachtordnung?

Jobst Paul

Der einflußreiche französische Philosoph Michel Foucault hat in seinen Werken die großen Institutionen der europäischen Zivilisation nachgezeichnet. Akribisch beschreibt er die Entstehung des modernen Gefängniswesens ebenso wie die Entstehung der neuzeitlichen Medizin vom 17. bis zum 19. Jahrhundert: Er zeigt, wie Macht entsteht und ein unkontrollierbares Eigenleben führt. Foucaults Interesse gilt aber nicht dem Detail an sich. Vielmehr zielt er auf eine historische Analyse, mit der *heutige* Machtzusammenballungen schon während ihrer Entstehung wahrgenommen werden können, um noch in sie eingreifen zu können. Damit könnte man, so meinte er, einen Gutteil des Vorsprungs wettmachen, den diese Prozesse *früher* gegenüber der Öffentlichkeit hatten.

In diesem Sinn will ich im folgenden einen - allerdings sehr groben - Blick auf einige institutionelle Formen richten, die z.B. der europäische Wissenschafts- und Forschungsapparat angenommen hat, nicht zuletzt auch dort, wo er seine Interessen vertritt.

Als Beginn meiner Betrachtung wähle ich einen Zeitpunkt Mitte der 70er Jahre. Damals erweiterten die Mitgliedsregierungen des Straßburger Europarats den europäischen Einigungsprozeß auf Forschung und Wissenschaft. Auf Initiative des Europarats kam es 1974 zur Gründung der Europäischen Wissenschaftsstiftung, der European Science Foundation, einer Dachorganisation, die heute als der zentrale Akteur gelten muß, wo in Europa die Interessen von Wissenschaft und Forschung vertreten werden. Die mit Abstand wohl mächtigsten Einzelverbände darin sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft und - etwas mehr im Hintergrund - die Max-Planck-Gesellschaft. Bitte beachten Sie schon hier, daß es sich um eine Initiative der europäischen Regierungen handelt.

Mit dem Erstarken der Europäischen Union in Brüssel entstand in den 80er Jahren allerdings ein forschungspolitisches Konkurrenzunternehmen, auch hier auf politische Initiative der EU-Regierungen hin: Auch die Brüsseler Kommission machte Forschungspolitik. Sie legte sogenannte Forschungsrahmenpläne mit einer Laufzeit von vier Jahren auf und wurde

sozusagen selbst zu einem Forschungsdachverband. Wir bewegen uns derzeit im fünften dieser Rahmenpläne, der offiziell von 1998 bis ins Jahr 2002 läuft. Die von der EU geförderte Forschung umfaßt alle Wissenschaftsbereiche, also auch die medizinische oder Gesundheitsforschung. Allein in diesem Bereich gehen die in ganz Europa geförderten Projekte in die vielen Hunderte, wobei - wie nicht anders zu erwarten - die genetische und die Genomforschung seit vielen Jahren einen Schwerpunkt bildet.

Für unsere Perspektive sind die EU-Programme ganz besonders interessant: Aufgrund der aufkeimenden Proteste gegen eine schrankenlose und eugenische Humanforschung entschied sich nämlich die Europäische Kommission 1987 zum ersten Mal für eine ethische Begleitforschung. Sie beauftragte zunächst eine interdisziplinäre Forschergruppe damit, Richtlinien für den politischen Umgang mit den neuen Fortpflanzungstechnologien zu erarbeiten. Die sogenannte Glover-Commission legte ihren (skandalösen) Bericht 1988 vor, der von der ersten bis zur letzten Seite bereits dem bioethischen Konzept folgte, das wir in Deutschland dann erst in Gestalt Peter Singers im Jahr 1989 kennenlernen sollten. Damit war ein Grundtenor gegeben, der bis heute anhält. 1991 vergab die Kommission insgesamt 18 ethische Forschungsaufträge an individuelle Wissenschaftler zur Genomanalyse, deren Ergebnisse - zumindest mir - bis heute noch immer nicht zugänglich sind.

Kurz danach, im Zusammenhang des III. Rahmenplans von 1990-1994 vergab die Kommission weitere 15 Projekte der ethischen Politikberatung, und im IV. Rahmenplan von 1994-1998 noch einmal 18 Projekte, nun jeweils mit Beteiligung einer unübersehbaren Zahl von Instituten und Experten. Im jetzt laufenden V. Rahmenplan wird gewiß noch einmal eine ähnliche Anzahl von Projekten enthalten sein. Gewiß die Mehrheit dieser Projekte der ethischen Politikberatung - von der Embryonenforschung über die Transplantationsmedizin - folgen dem angelsächsischen Konzept der 'angewandten Ethik', zum Teil auch ausdrücklich dem Konzept der 'Person', für das Peter Singer in Deutschland zur Symbolfigur wurde. Immerhin machte sich in Einzelprojekten eine Gegenrichtung bemerkbar, die diesen Namen verdient. Dazu zählt gewiß das Tübinger EU-Projekt zur Präimplantationsdiagnostik, über das sicher Herr Düwell aus allererster Hand berichten wird.

Ich will diesen zweiten Schauplatz jedoch schon wieder verlassen. In die Mitte der 90er Jahre fällt nämlich eine Machtprobe zwischen der Brüsseler Kommission und der oben erwähnten European Science Foundation in Straßburg. Die Kommission versuchte zu diesem Zeitpunkt, das Monopol dieser Foundation zu brechen und die organisatorische Basis der Politikberatung durch die europäische Wissenschaft erheblich zu erweitern. Sie schuf ein

Forum, in dem nun auch wissenschaftliche Vereinigungen, die Wissenschaftlichen Akademien, die europäischen Universitäten und vor allem die europäische Großindustrie vertreten sind. Die Versammlung mit dem Namen European Science and Technology Assembly (ESTA) soll die Forschungsprogramme der EU begutachten und selbst Programme entwerfen. Die European Science Foundation ist zwar nun ein Mitglied unter anderen, hat es aber längst geschafft, nun auch dieser ESTA die Feder zu führen. ESTA hat bereits seit 1995/6 das laufende V. Forschungsrahmenprogramm der EU konzipiert.

Ein vierter Schauplatz, nun das Europäische Parlament. Es verfügt über ein Büro zur Technologiefolgenabschätzung (Science and Technology Options Assessment - STOA), das nominell unter parlamentarischer Kontrolle steht, faktisch aber von der EU-Kommission betrieben wird. Als ich einer dortigen Beamtin gegenüber einmal mein Befremden über diese aus demokratischer Sicht fragwürdige Konstruktion äußerte, gab sie mir freundlich, aber doch sehr bestimmt zu verstehen, wie rückständig ich doch sei. Erst mit dem Zusammenbruch der Kommission im letzten Jahr, der sich ja nicht zuletzt an der Kommissarin für Forschung entzündete, ist auch für die breite Öffentlichkeit sichtbar geworden, welche seltsamen Traditionen sich in Brüssel gebildet hatten.

Bereits seit 1990 ist STOA von der EU-Kommission in einen größeren Verband eingegliedert worden. Zunächst wurden STOA fünf andere europäische Zentren der sogenannten 'parlamentarischen' Technologiefolgenabschätzung angegliedert und bildeten das European Parliamentary Technology Assessment Network (EPTA). Dazu gehört auch das Technologiefolgenbüro des Deutschen Bundestags, das selbstverständlich keine parlamentarische Stelle ist und etwa ein 'demokratisches Ethos' vertreten würde. Inzwischen sind zu EPTA weitere Mitglieder hinzugekommen, darunter der Forschungsausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der die Entwicklung der Bioethik-Konvention begleitete, ohne die Öffentlichkeit zu informieren.

Die EU-Kommission plante, daraus einen noch größeren Verband zu schmieden, das European Technology Assessment Network (ETAN), das alle privaten, industriellen und sonstigen TA-Institute in Europa umfassen sollte. Ob daraus etwas geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Seit geraumer Zeit hat kein Vertreter der EU das Kürzel ETAN mehr in den Mund genommen.

Ein weiterer Schauplatz. Die EU-Kommission unterhält seit langem eine sogenannte 'Gemeinsame Forschungsstelle' (Joint Research Centre - JRC). Sie ist Teil der

Forschungsrahmenpläne. Hinter dem Begriff verbergen sich acht über Europa verteilte Großforschungsstätten z.B. der Atom- oder Materialforschung. Nach langen Vorbereitungen ist ein neunter Standort hinzugekommen, das Institute for Prospective Technological Studies (IPTS) in Sevilla, also ein neues Institut der Technologiefolgenabschätzung, oder besser der Technologie *chancen* abschätzung. Es verfügt u.a. über den Aufgabenbereich Life Sciences and Biotechnology (LISB). Geplant war, daß in Sevilla bioethische Gutachten für die EU-Kommission und für das Europäische Parlament, genauer, für das TA-Büro STOA geliefert werden sollten. Ich verfolge die Newsletter aus Sevilla regelmäßig, aber offenbar tut sich 'bioethisch' noch nicht sehr viel. Für unseren Zweck der Beobachtung institutioneller Strukturen genügt allerdings bereits die Aufgabenbeschreibung, um den unersättlichen Hunger der EU-Kommission nach bioethischer Politikberatung zu dokumentieren.

Ich möchte einen letzten Schauplatz nennen, den man neudeutsch als 'virtuell' bezeichnen könnte. Dazu gehören - wenn der Begriff erlaubt ist - die Synapsen des Systems, das ich nur sehr knapp skizzieren konnte. Betrachten wir zunächst wieder den Europarat, eine Mammut-Behörde, die als verschwiegener diplomatischer Apparat von heute über 40 Regierungen gelten kann. Als solcher residiert der Europarat nicht nur über die Vereinigung der Nationalen Bioethik-Kommissionen Europas unter Beteiligung der Beobachterstaaten Kanada und der USA, sondern ist auch die Synapse zur Wissenschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der UNESCO, die in Straßburg mit am Tisch sitzt, wenn über Bioethik verhandelt wird.

Wie bekannt, hat die UNESCO vor geraumer Zeit mit einigem Pomp eine Erklärung zum menschlichen Genom verabschiedet, die dieses menschliche Genom zum 'Menschheitserbe' erklärt und den 'Bodenschätzen' gleichsetzt und damit die individuellen Genomträger, Menschen wie Du und Ich - zu Abraum erklärt.

Eine andere Synapse des Europarats ist mit einer weiteren Behörde der Vereinten Nationen, mit der Weltgesundheitsorganisation WHO, verknüpft, die im Europarat ebenfalls als Beobachter fungiert. Die WHO bestimmt nach landläufiger Auffassung über die weltweite Bekämpfung von Krankheiten, aber eigentlich zunächst darüber, wer sie bekämpft. Sie bestimmt über die Karrieren zahlloser Wissenschaftler, über Krankheitstheorien und über Theorien der Bevölkerungspolitik, oder - mit dem Begriff Michel Foucaults - über eine globale 'Bio-Politik', die - so scheint es tatsächlich - die koloniale Hegemonie des Westens mit feineren Methoden fortsetzt.

Fast hätte ich es vergessen: Auch der Vatikan sitzt als Beobachter mit am Tisch des Europarats. Fast erscheint der Heilige Stuhl als Trutzburg des Forschungs-Liberalismus, wenn man bedenkt, daß während der Verhandlungen zur Bioethik-Konvention des Europarats weder die verbrauchende Embryonenforschung noch die fremdnützige Forschung an zustimmungsunfähigen Patienten, wie sie in dieser Bioethik-Konvention stehen, zu auch nur einem bösen Wort des Vatikan-Abgesandten geführt haben, der während dieser Verhandlungen stets gegenwärtig war.

Lassen Sie mich noch einen - vorletzten - Aspekt des europäischen wie weltweiten Wissenschafts- und Forschungssystems ansprechen, in dem das 'Virtuelle', also der Schein von Realität, wohl besonders auf den Punkt kommt. Bedenkt man, daß hinter den wenigen Hauptlinien des Systems, die ich nur extrem reduziert ansprechen konnte, eine nicht mehr zu überschauende Masse von wissenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Verbänden, von halbstaatlichen oder staatlichen Gremien steht, erhebt sich die bange Frage, wie vieler Wissenschaftler und Experten es bedarf, um diesen Apparat zu bestücken. An dieser Stelle trifft man auf die in der Tat 'virtuelle' Qualität des Systems, auf das Phänomen der Doppel-, Drei- und Mehrfachrollen von Experten, mithin auf eine im Vergleich zum Gesamtapparat letztlich nur kleine Schicht von tatsächlichen Akteuren.

Nun haben Sie vielleicht gemerkt, daß ich in meiner (extrem) kurzen Skizze pauschal von 'Wissenschaft und Forschung' gesprochen habe und nur punktuell aufzeigen konnte, wo diese etwas mit der uns interessierenden - bioethischen - Frage zu tun haben. In der Tat will ich auf etwas anderes hinaus. So ist es gewiß eine Besonderheit des heutigen Apparats von Forschung und Wissenschaft, daß er sich - fast wie ein Heerlager - um die politischen Exekutiven herumgelegt hat und sich auf sie ausrichtet, während die Parlamente so gut wie keine Rolle spielen. Wissenschaft und Forschung hier und die Regierungsapparate dort spielen sich also die Bälle in einem weitgehend demokratiefreien Raum zu.

Ein zweiter Aspekt, der für mich der entscheidende ist, schließt sich daran an: Denn Forschung und Wissenschaft bilden nicht nur institutionell einen Machtfaktor außerhalb des demokratischen Systems. Auch ihre *ideologischen* Grundlagen bleiben autonom und unkontrollierbar. Die EU-Projekte der ethischen, d.h. bioethischen Politikberatung, die ich angesprochen habe, lassen in ihrer Mehrheit durchaus etwas erahnen von den stillschweigenden ideologischen, nichts Gutes verheißenden Voraussetzungen, unter denen die Regierungsapparate mit Wissenschaft und Forschung kooperieren. Ich möchte sogar die Behauptung wagen, daß es die institutionellen Strukturen, die ich skizziert habe, ohne einen

gemeinsamen ideologischen Kitt gar nicht geben könnte und daß dieser Kitt das gefährliche Potential dieser Strukturen ausmacht. Man müßte wohl sehr naiv sein, wenn einem *nicht* die Frage käme, wozu sich die Politik eigentlich diese Art von Schlachtordnung aus Wissenschaft und Forschung zugelegt hat, wenn nicht dazu, sie gegen irgendetwas und für irgendetwas auch einzusetzen.

Nach den großen Katastrophen dieses Jahrhunderts, an denen Wissenschaft und Forschung in der ersten Reihe beteiligt waren, kennen wir heute das äußerst dürftige, ideologische Rüstzeug von Machtapparaten. Wir wissen heute aber auch, daß illegitime Macht nicht durch ein paar ideologische Kampfbegriffe, durch einen sogenannten politischen Willen oder organisatorische Strukturen begründet wird. Illegitime Macht entsteht erst dort, wo eine breite Öffentlichkeit vor des Kaisers neuen Kleidern das Knie beugt, wo also niemand widerspricht und den Apparat gewähren läßt. Demokratische Macht dagegen entsteht im Gegenzug dort, wo sich die Öffentlichkeit *nicht* beeindrucken läßt und stattdessen den ideologischen Kitt, der ihr da ständig vorgesetzt wird, unbeirrt in seine wenig beeindruckenden Einzelteile zerlegt.